

DIE LINKE Hessen ruft bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei zur Wahl der HDP auf

Beschluss des 8. Landesparteitages der LINKEN. Hessen

Bei den türkischen Parlamentswahlen im Juli erzielte die HDP 13%. Mit ihrem Einzug verhinderte sie, dass die AKP die absolute Mehrheit erreichte. 6 Mio. Menschen in der Türkei haben mit der Wahl der HDP zum Ausdruck gebracht, dass sie mehr Demokratie, Toleranz, Frieden und Weltoffenheit wollen – trotz gewalttätiger Repressalien und Anschläge während des Wahlkampfs. Die Bildung einer Regierung, die nahtlos eine Politik des Rückschritts, der Kontrolle der Medien der Unterdrückung und der Korruption fortsetzen kann wurde unmöglich.

Zu den Neuwahlen am 1. November, an denen sich wahlberechtigte türkische Staatsbürger in Deutschland bereits zwischen dem 8. und 25. Oktober beteiligen können,

- rufen wir alle türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Hessen auf, die eine weltoffene, demokratische und emanzipatorische Türkei anstreben, auf die HDP zu unterstützen und bis zum 25. Oktober ihre Stimme der HDP zu geben.

Wir wenden uns klar gegen alle Versuche der türkischen Regierung, die HDP und ihre Kandidatinnen und Kandidaten im Vorfeld der Wahlen zu kriminalisieren. Mit dem brutalen Anschlag auf eine Versammlung der sozialistischen Jugendverbände in der Stadt Suruc am 20. Juli, bei dem 34 Jugendliche getötet wurden, begann eine neue Stufe der Gewalt. Die türkische Regierung bombardiert nun kurdische Städte und Dörfer und nennt das "Kampf gegen den Terror", um in Wahrheit den Wiederaufbau von Kobane und die Schaffung eines demokratisch kontrollierten kurdischen Korridors in Syrien (Rojava) und der Türkei zu verhindern. Fassungslos mussten wir den Anschlag in Ankara am 10.10.15 zur Kenntnis nehmen, den vielen Menschen, die für Demokratie auf die Straßen gingen, nicht überlebten. Die Eskalation der Gewalt dient den Machterhaltungsinteressen und ist, ein schmutziger Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Dieser schmutzige Krieg wird mehr und mehr zu einem Krieg der NATO.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- ⇒ *auf die türkische Regierung einzuwirken, das Kampfhandlungen einzustellen und zum Friedensprozess zurück zu kehren*
- ⇒ die in der Türkei stationierten Patriot-Raketen abzuziehen und
- ⇒ das PKK-Verbot in Deutschland aufzuheben.